

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 7-8

Artikel: Prag 1968 und was daraus zu lernen ist : Systemwandel und Systemverteidigung
Autor: Epple, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schutznormen gelten, weil bei uns der Wind zumeist aus West und Südwest weht, die Flüsse aus Ostfrankreich irgendwo über Deutschland ihren Weg zur Nordsee finden. Bei mir ist es aber nicht nur der Verstand, der für eine europäische Einigung plädiert. Es ist auch das Herz.

Ich habe den Zweiten Weltkrieg als Kind miterlebt. Ich habe die Auseinandersetzung um meine saarländische Heimat zwischen Deutschland und Frankreich hautnah als aktiv Mitwirkender erlebt. Ich finde es heute beglückend, dass die deutsch-französische Grenze nicht mehr die Grenze ist, die ich als Kind erlebt habe, und ich zögere nicht zu sagen, dass ich mich in Lothringen, dass ich mich in Ostfrankreich mehr zu Hause fühle als in Norddeutschland, obwohl ich einst

gegen die französische Saarpolitik gekämpft habe, für die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik eingetreten bin.

Mit meinem Bekenntnis zu Europa stehe ich voll in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie. Ich habe schon auf das Heidelberger Programm hingewiesen. Aber die Forderungen nach einer europäischen Einigung lassen sich in der Geschichte der SPD noch weiter zurückverfolgen.

Schon in ihren Gründerjahren hatte sich die SPD der Zusammenarbeit zwischen den Nationen verpflichtet gefühlt. Im Leipziger Programmentwurf für einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – und Ihr wisst, dass wir in diesen Wochen das 125jährige Bestehen der SPD feiern – heisst es: «Unter deutscher Einheit ver-

steht die Arbeiterpartei den zentralistischen deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates an.» Nun habe ich in Vorbereitung dieses Referates mich auch kundig gemacht, soweit mir Unterlagen zugänglich waren, wie das denn in der Geschichte der Schweizer Sozialdemokraten aussieht. Ich habe ähnliche Formulierungen nicht gefunden. Aber ich habe in einem Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1920 den Hinweis gefunden, dass die schweizerische Sozialdemokratie mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer die nationalen Gegensätze beseitigen und die Solidarität aller Völker herstellen will.

Wir sollten in Europa damit anfangen.

Prag 1968 – und was daraus zu lernen ist

Systemwandel und Systemverteidigung

Von Ruedi Eppler

Am 21. August ist es 20 Jahre her, seit Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei einmarschierten. Damals setzten die Tschechen und Slowaken der militärischen Okkupation spontan gewaltfreien Widerstand entgegen und realisierten damit Ansätze einer alternativen Verteidigungsform. Doch so wenig sich Armeen per Dekret oder Volksentscheid abschaffen lassen, so wenig lässt sich eine alternative Verteidigungsform, wie sie 1968 in der ČSSR ansatzweise praktiziert worden ist, ohne gesamtgesellschaftlichen Systemwandel realisieren.

20. August 1968: In den späten Abendstunden überschritten

Truppeneinheiten aus der Sowjetunion, der DDR, aus Polen, Bulgarien und Ungarn die Grenzen der verbündeten Tschechoslowakei (ČSSR). Ihr Ziel war es, die Kontrolle über die ČSSR zurückzugewinnen, um deren Politik wieder nach eigenen Interessen formen zu können. Dem «Prager Frühling», dem Versuch, in der ČSSR einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» zu verwirklichen, sollte ein Ende bereitet werden.

Die «Bruderhilfe»

Die politischen Führungskräfte des Warschauer Paktes fühlten sich durch die tschechoslowakischen Bestrebungen, Sozial-

ismus, Demokratie und Freiheit in Einklang zu bringen, bedroht. Sie befürchteten, ihre Untertanen könnten ebenfalls von der «Dubček-Krankheit» befallen werden und das Machtgefüge ihres Landes ins Wanken bringen. Sie bangten um die Einheit des Ostblocks und die Sicherheit der Westgrenze.

«In Beantwortung des Hilferufs führender Vertreter der Partei und des tschechoslowakischen Staates», hiess es in der Verlautbarung des Warschauer Paktes zum Einmarsch, und im Namen der «Freundschaft und Brüderschaft der Völker der sozialistischen Länder» schickten sie ihre Truppen «dem tschechoslowakischen Volke» gegen

die «Konterrevolutionäre» und «umstürzlerischen Aktionen» zu «Hilfe».

Die Tschechen und Slowaken, die weder eine Abkehr vom Sozialismus noch einen Austritt aus dem Warschauer Pakt im Schilde führten, setzten dem Einmarsch der ausländischen Truppen spontan gewaltfreien Widerstand entgegen.

Entzug und Protest

Als sowjetische Truppentransporter überfallartig auf dem Zivilflughafen Ryzyné landeten, liess der Flughafendirektor die Nervenzentrale der gesamten Anlage und damit Strom, Gas, Wasser usw. ausschalten. Seine Mitarbeiter wies er an, an ihren Arbeitsplätzen zu bleiben und diese zu behaupten. Er selbst weigerte sich, den Befehlen der Besetzer Folge zu leisten und das Versteck der Schaltzentrale preiszugeben. Die Besetzer sollten drei Tage gebraucht haben, um den Flughafen wieder funktionsfähig zu machen.

In Prag und anderen Städten entfernten die Bürger Strassenschilder, Hausnummern, Ortstafeln, Namensschilder und andere Orientierungsmittel. Viele hiessen plötzlich Svoboda oder Dubček. Die Besetzer fanden sich nur schwer zurecht. Auskünfte erhielten sie nicht. In einem Dorf an der Upa hielten die Einwohner durch einen neunstündigen Sitzstreik einen russischen Konvoi, dem auch Panzer angehörten, auf. Die Truppen mussten schliesslich einen zeitraubenden Umweg in Kauf nehmen. Bereits am ersten Okkupationstag gab ein zweiminütiger Generalstreik dem Protest der Tschechoslowaken gegen den Einmarsch Ausdruck. Der Protestgeneralstreik fand, auf eine Stunde verlängert, täglich statt. Einzelne Branchen, die weniger für die Landesversorgung, aber für die «befreundeten» Ostblock-

länder von Interesse waren, wurden total bestreikt.

Als die Besetzer versuchten, die Rundfunkstationen in den Griff zu bekommen, hinderten sie Menschenmauern und Barrikaden an ihrem Vorhaben. Als es ihnen doch gelang, in die Studios einzudringen, zogen sich die Radioleute in improvisierte Studios und Sendeanlagen zurück. Peilversuchen durch die Besatzer entzogen sie sich durch Senderstafetten. Peil- und Störapparate liessen tschechoslowakische Eisenbahner Irrwege fahren und auf Abstellgeleisen ankommen.

Die Panzer der Besetzungstruppen und ihre Mannschaften wurden «ge- und bestürmt»: Menschentrauben sassen auf den Tanks und redeten auf die Soldaten ein: «Warum?» fragten die Verteidiger immer wieder und erklärten den desinformierten Besatzern die Lage.

Weiterarbeit ohne Kollaboration

Dem Widerstand der Bevölkerung entsprach die unnachgiebige Haltung der Staats- und Parteiorgane: Das Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verurteilte den Einmarsch und rief alle leitenden Funktionäre auf, in ihren Ämtern zu bleiben und sich an die tschechoslowakischen Gesetze und Vorschriften zu halten. Sie berief den bereits angekündigten ausserordentlichen Parteitag vorzeitig ein. Dieser kam zusammen, bestätigte den Reformkurs und wählte kollaborationswillige Funktionäre ab. Staatspräsident Svoboda weigerte sich, einem Regierungswechsel seinen Segen zu geben.

Schiffbruch

Nach zwei, drei Tagen standen die Sowjetunion und ihre Verbündeten vor einem Scherben-

haufen. Ihr Ziel, die ČSSR unter Kontrolle zu bringen, hatten sie nicht erreicht. Sie hatten keine glaubwürdigen Vertreter der Tschechoslowakei gefunden, die den Hilferuf ihres Landes bestätigen würden. Sie hatten keine kollaborationswillige Parteiführung und Staatsregierung einsetzen können. Es war ihnen nicht gelungen, die wichtigsten Machtinstitutionen lahmzulegen und die Massenmedien in die Hand zu bekommen. Sie hatten den Schein einer «brüderlichen», «friedensbewahrenden» Mission nicht wahren können. Sie hatten ein Land besetzt, beherrschen konnten sie es nicht. Nicht die Moral der Verteidiger, sondern die der Besatzungstruppen drohte zu zerbrechen.

In dieser verfahrenen Situation gingen die politischen Befehlshaber der Besatzungstruppen auf ein Angebot ein, das ihnen einen Ausweg zu bieten schien. Auf das Angebot des tschechoslowakischen Staatsoberhauptes Svoboda, in Moskau direkte Verhandlungen zu führen. Sie entsprachen sogar dessen Forderung, die Reformer, die sie Tage zuvor als Konterrevolutionäre beschimpft und verschleppt hatten, zu den Verhandlungen beizuziehen.

Verhandlungen und Kompromiss

Während der gewaltlose Widerstand in der ČSSR ungebrochen anhielt und der militärische Besatzungsapparat völlig leer lief, verhandelten Svoboda, die verschleppten Reformer – unter ihnen Dubček – und einige tschechoslowakische Helfershelfer Moskaus im Kreml mit Breschnew und der ersten Garnitur des Warschauer Paktes. Vom Brennpunkt des Geschehens isoliert, ohne Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse in der ČSSR

und unter massiven Einschüch-terungen der Gegenseite setzte die tschechoslowakische Ver-handlungsdelegation schliess-lich ihre Unterschrift unter ein geheimes Protokoll und ein of-fizielles Communiqué.

Während das Communiqué den «Moskauer Kompromiss» beschönigend darstellte, offen-barte das Protokoll seine stark moskauorientierte Schlagseite: Moskau war kompromissbe-reit, was die Art und die Frist betraf, mit und in der seine In-teressen durchgesetzt werden sollten. Von seinem Ziel, die ČSSR wieder gefügig zu ma-chen, rückte der Kreml aber nicht ab. Nach der Vereinba-rung sollten die besprochenen Massnahmen, die letztlich einer völligen Unterwerfung der ČSSR gleichkamen, nicht von den dafür auserkorenen Kollaborateuren getroffen wer-den, sondern von den Refor-mern selbst, gegen die die Ak-tion ursprünglich gedacht ge-wesen war. Die Unterwerfung sollte nicht schlagartig, son-dern Schritt für Schritt erfol-gen.

In der Meinung, das Beste für die ČSSR erhandelt zu haben, kehrten die ČSSR-Unterhänd-ler in den frühen Morgenstun-den des 27. August aus Moskau zurück. Obwohl sie die Trag-weite ihrer Vereinbarungen mit Moskau herunterspielten, wirkte der «Moskauer Kom-promiss» wie ein Schock.

Die tschechoslowakische Be-völkerung empfand ihn als Ne-gation und Preisgabe der Posi-tionen des Widerstands und lehnte ihn leidenschaftlich ab. Erst die Voten der glaubwür-digsten Reformer, vor allem die Rede Dubčeks, bewirkte eine Wende.

Konnten die Garanten aller Prinzipien des «Prager Früh-lings» einer Vereinbarung zu-gestimmt haben, die mit diesen Prinzipien unvereinbar waren? Man beruhigte sich in der

Hoffnung, die Reformer wür-den den «Prager Frühling» mit dem Kompromiss und durch den Kompromiss hindurch si-chern.

Nochmals erhielten die Refor-mer das Vertrauen ausgespro-chen. Sie nutzten es aber nicht, um die Prinzipien des «Prager Frühlings» zu verteidigen, son-dern um den Moskauer Kom-promiss durchzusetzen. Unter den beschwichtigenden und drohenden Worten der Refor-mer an der Spitze von Partei und Staat zerfiel der Wider-stand der Bevölkerung. Als die freiwillige Disziplinierung der Bevölkerung einsetzte, sicher-ten die Führungskräfte ihren Kurs durch entsprechende Be-schlüsse von Partei- und Staats-gremien ab.

Der lange Prozess der «Norma-lisierung» setzte ein. Die Er-gebnisse des «Prager Früh-lings» wurden nach und nach rückgängig gemacht, die Refor-mer im April 1969 schliesslich entmachtet.

«Soziale Verteidigung»

Der gewaltlose Widerstand der Tschechen und Slowaken im August 1968 bereicherte den Erfahrungshintergrund jener Friedensforscher, die sich seit längerem mit den Möglichkei-ten des gewaltfreien Wider-standes gegen militärische Be-setzungen befasst hatten. An-hand früherer Beispiele, so des Ruhrkampfes 1923 bis 1925, des indischen Unabhängigkeits-kampfs sowie des dänischen und norwegischen Widerstands gegen die nationalsozialisti-schen Besatzer, hatten sie das Konzept der «Sozialen Vertei-digung» oder «Civilian Defen-ce» entwickelt.

Im Unterschied zur militäri-schen Verteidigung sollte die «Soziale Verteidigung» nicht Territorien, sondern soziale Verhältnisse und Werte vertei-digen. Sie sollte sich dabei

nicht gewaltsamer militärischer Methoden, sondern des gewalt-freien Widerstands bedienen. Träger der Sozialen Verteidi-gung sollte nicht eine Armee, sondern die ganze Bevölkerung sein.

Ohne dass die interessierten Friedensforscher Gelegenheit gehabt hätten, die Ereignisse in der ČSSR in irgendeiner Form zu beeinflussen, kamen diese ihren Vorstellungen über eine alternative gewaltfreie Vertei-digung schon recht nahe. Es war eine ganze Bevölkerung, die einer militärischen Beset-zung entgegentrat. Sie tat es mit den Methoden des gewaltlosen Widerstands, wobei die tsche-choslowakische Bevölkerung eine erstaunliche Vielzahl ver-schiedenster Entzugs-, Kon-frontations- und Protestaktio-nen entwickelte. Es wurde nicht Staatsgebiet verteidigt, sondern die Art und Weise des Lebens, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ver-hältnisse und Werte, die man sich im «Prager Frühling» er-kämpft hatte.

Den einzigen Unterschied, den die Verfechter der Sozialen Verteidigung unter den Frie-densforschern gegenüber ihren konzeptionellen Vorstellungen feststellen konnten, war der Umstand, dass der Widerstand in der ČSSR spontan und un-vorbereitet praktiziert worden war. Zur Sozialen Verteidigung sollte ihrer Vorstellung nach bewusst und nach entsprechen-ten Vorbereitungen gegriffen werden.

Militärische Interessen

Das Konzept der Sozialen Ver-teidigung stiess – nicht zuletzt unter dem Eindruck, den die ČSSR-Ereignisse hinterlassen hatten – verschiedenorts auf Interesse. Dass in Kreisen der Friedensbewegung eine ge-waltfreie Verteidigung Unter-stützung fand, versteht sich.

Überraschender ist hingegen, dass selbst Regierungsstellen auf die Überlegungen der Friedensforschung eingingen. In Schweden und in den Niederlanden beispielsweise beauftragten sie Friedensforscher, Möglichkeiten der Sozialen Verteidigung zu erkunden. In der Schweiz fand der «gewaltlose Widerstand» sogar Eingang in die offizielle sicherheitspolitische Konzeption:

«Als Elemente der Selbstbehauptung gehören beide Arten des Widerstandes», der «bewaffnete Widerstand» und der «gewaltlose Widerstand der Bevölkerung», «zur schweizerischen Strategie. (...) Hingegen können sie niemals Ersatz für eine starke Verteidigungsbereitschaft sein; ihre Dissuasionswirkung ist dafür zu gering, weil sie erst nach einer Besetzung wirksam werden können», ist im Abschnitt «Widerstand im feindbesetzten Gebiet» der schweizerischen «Konzeption der Gesamtverteidigung» zu lesen.

Gewaltloser Widerstand als Ergänzung

Dem «gewaltlosen Widerstand» wird also die Rolle einer Ergänzung zu den andern, auch militärischen Elementen der Sicherheitspolitik zugesprochen. Während gewisse Friedensforscher die Kombination militärischer und gewaltloser Verteidigungsformen als sinnvoll und wirksam betrachten, halten andere die Mischung der Verteidigungskonzepte für schädlich und wenig ergiebig. Sie argumentieren: Der gewaltlose Widerstand *während* einer militärischen Konfrontation müsse die Repression des Gegners gegen die gewaltsamen Widerstandsaktionen erleiden. Der gewaltlose Widerstand *nach* einer militärischen Konfrontation sei für die Verteidiger – nach den Opfern

und Schäden der vorangegangenen Kampfhandlungen – nicht mehr zumutbar.

Die Frage der Kombination gewaltsamer und gewaltloser Widerstandsformen ist nicht das einzige Problem, das unter Forschern der «Sozialen Verteidigung» umstritten ist. Uneinigkeit herrscht beispielsweise auch in der Beurteilung des tschechoslowakischen Widerstands. So urteilt zum Beispiel Daniel Frei, Professor an der Universität Zürich, auch in bezug auf die ČSSR: «Es zeigt sich, dass in zwischenstaatlichen Konflikten der Strategie der Sozialen Verteidigung nur selten Erfolg beschieden war. Trat ein Erfolg ein, so stand die Konfiguration der Randbedingungen ausnahmslos günstig.» Nur den Ruhrkampf und den indischen Unabhängigkeitskampf wertet Frey als erfolgreiche Beispiele eines gewaltfreien Widerstands.

Das Beispiel ČSSR 1968 hingegen stellt er in die lange Reihe der missratenen Fälle.

ČSSR 1968: Erfolg oder Misserfolg?

Dem Urteil Freys steht zum Beispiel die Feststellung Vladimir Horskys, emigrierter tschechischer Sozialwissenschaftler und Friedensforscher, gegenüber, der den August-Widerstand einer detaillierten und materialreichen Untersuchung unterzogen hat. Horsky kommt zum Schluss:

«Zwischen dem zivilen Widerstand des August 1968 und der Niederlage der ČSSR im April 1969 besteht keine Verbindung von der Art, dass wir zu dem Schluss berechtigt wären, die Niederlage stehe mit der 1968 praktizierten Art des Widerstandes in einem kausalen Zusammenhang. Wenn hier schon irgendeine Verbindung überhaupt feststellbar ist, dann nur folgende: Die Niederlage war

die Folge der *Negation* der im August angewandten Handlungsorientierung, d.h. die Folge einer Politik, die das Potential des gewaltlosen Widerstandes verkannte, dessen Kraft verschwendet und dessen Chancen vertan hat... Gescheitert ist die *Sache* des Volkswiderstandes, *nachdem* er auf Verlangen der Führer eingestellt worden war. Gescheitert ist die Politik derjenigen, die seine Stärke verkannten und politisch nicht umzumünzen wussten oder wollten. Gescheitert sind die Versuche, einer an materieller Kraft weitaus überlegenen Okkupationsmacht dadurch zu trotzen, dass man das Volk demobilisierte und sich in eine Kabinettpolitik flüchtete. Gescheitert ist die Haltung des unbegrenzten Vertrauens und Gehorsams breiter Volksmassen gegenüber ihren «nationalen Helden»; gescheitert ist die naive Zuversicht, die Entscheidungsgewalt in Schicksalsfragen der Nation könne allein den professionellen Politikern anvertraut und überlassen werden. Gescheitert ist deren Strategie eines «appeasements» gegenüber dem Aggressor, indem man ihm permanent Zugeständnisse einräumt, ohne gleichzeitig gewisse «essentials» unnachgiebig zu verteidigen. Gescheitert ist die Politik solcher Kompromisse, bei denen die Identität der vertretenen Sache verlorengeht.

All dies ist gescheitert – nicht aber der zivile Volkswiderstand als die in der ČSSR angewandte Form der gewaltlosen Verteidigung sozialer Institutionen. Bevor er eingestellt wurde, konnten die Okkupanten keinen nennenswerten Erfolg verzeichnen – ja sie erfuhren ein präzedenzloses Fiasko. Als sie sich zuletzt durchsetzten, gehörte der Widerstand längst der Vergangenheit an. *Sie setzten sich nicht gegen den Widerstand, sondern dank seiner*

Preisgabe durch. Somit ist die Niederlage der ČSSR nicht in Verbindung mit dem zivilen Widerstand zu bringen, sondern im Gegenteil mit der Politik seiner Negation. Somit ist die Restauration des neostalinistischen Systems nicht der gewaltlosen Verteidigung des destalinisierten Systems, sondern der Preisgabe der Verteidigung als solcher anzulasten.»

Systemwandel und Systemverteidigung

Das Beispiel Tschechoslowakei 1968 zeigt also trotz «Normalisierung» die Möglichkeiten einer gewaltfreien Alternative zur militärischen Landesverteidigung, die auch für eine «Schweiz ohne Armee» in Frage kommen könnte. Doch ist der August 1968, der spontane und gewaltlose Widerstand der Tschechoslowakei gegen die Truppen des Warschauer Paktes nicht denkbar ohne den «Prager Frühling», ohne den Systemwandel, der sich in den letzten Monaten zuvor in der Tschechoslowakei vollzogen hatte: Im «Prager Frühling» war die alte Herrschaftsgarde durch fortschrittliche Kommunisten abgelöst worden, welche der Unterstützung der Intellek-

tuellen und breiter Kreise der Bevölkerung sicher waren. Die neue Führung schaffte die Zensur ab, demokratisierte Partei und Gesellschaft und leitete Wirtschaftsreformen ein. Dieser gesamtgesellschaftliche Wandel schuf Voraussetzungen, auf die der Widerstand im August bauen konnte:

1. Der soziale Wandel hatte zur Folge, dass sich breiteste Kreise der Bevölkerung mit ihrer Regierung und ihrem Regierungssystem identifizieren konnten. Der Wandel lag in ihrem Interesse und war bis in den Alltag hinein spürbar. Kunderas «Unerträgliche Leichtigkeit des Seins» hatte ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

2. Im «Prager Frühling» hatten die Tschechen und Slowaken begonnen, ihre Geschicke selbst in die eigenen Hände zu nehmen. Ohne ihr aktives Engagement wäre es den Reformern um Alexander Dubček nicht gelungen, die alte Garde abzulösen und die Reformen in Gang zu setzen. In diesem Widerstand gegen ihre eigene Herrschaftsgarde machten die Tschechen und Slowaken ihre ersten Gehversuche mit zivilem Widerstand. Sie erwarben sich die Zivilcourage und entwickelten die soziale Phantasie, die im Widerstand gegen die

auswärtige Besatzungsmacht wieder zur Geltung kamen.

Die gewaltlose Systemverteidigung im August 1968 wäre also ohne den gewaltlosen Systemwandel der vorangegangenen Monate undenkbar gewesen. Ein Systemwandel, in dessen Folge sich die Identifikation breiter Kreise der Bevölkerung mit dem reformierten Gesellschaftssystem einstellt und in dessen Folge sich die Bevölkerung die Fähigkeit zum sozialen, gewaltfreien Widerstand erwirbt, lässt sich jedoch nicht per Dekret oder Volksentscheid einführen. Eine solche «politische Kultur des Widerstands» ist allein das Ergebnis von Erfahrungen und Lernprozessen breiter Bevölkerungskreise aus politischen Auseinandersetzungen um Reformen. Die Möglichkeit, eine «Schweiz ohne Armee» mit sozialem gewaltfreiem Widerstand verteidigen zu können, ist deshalb nicht so wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, wie die Möglichkeit, die Armee per Dekret oder Volksentscheid abschaffen zu können, sondern allein so wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, wie die Möglichkeit, in der Schweiz einen gesamtgesellschaftlichen, basisdemokratischen Reformprozess in Gang zu setzen.